

Fahrt mit zur Demonstration nach Ahaus am 20. Dezember 2009

Ahaus darf nicht das Atom-Klo Deutschlands werden!

Bundes- und Landesregierung wollen das Zwischenlager Ahaus in NRW in den kommenden Jahren mit gefährlichem und hochverstrahltem Atommüll füllen – pro Woche sollen mehrere Atomtransporte per Bahn und LKW anrollen. Dagegen ruft das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen für Sonntag, den 20.12.2009 zu einer überregionalen Demonstration am Zwischenlager Ahaus auf.

Heinz Assenmacher, BUB

Mitte November 2009 genehmigte die Bezirksregierung Münster in einem absolut geheimen Verfahren für zehn Jahre die Anlieferung von schwach- und mittlerradioaktiven Abfällen, darunter sperrige und hochverstrahlte Anlagenteile aus den Reaktorkernen der AKWs. Ein neuer 32-Tonnen Kran wurde von der Betreiberfirma GNS bereits für diesen Zweck in der Lagerhalle neu installiert.

Wahrscheinlich kommt der Müll zunächst aus dem im Rückbau befindliche AKW Würgassen, wo GNS vor Ort eine eigene Konditionierungsstraße aufgebaut hat. Aber die geheime Genehmigung

der Bezirksregierung gilt prinzipiell für alle deutschen AKWs. Der GNS-Pressesprecher erwartet die ersten Atomtransporte nach Ahaus per Bahn und LKW - noch in 2009!



BonnerInnen laufen sich warm für den Widerstand

Das Zwischenlager Ahaus soll quasi das oberirdische Vorflutbecken für den Schacht Konrad werden. Jeder Atomtransport nach Ahaus wird den Druck auf die Eröffnung des „Endlagers“ Konrad erhöhen. Damit könnte dann der „Entsorgungsnachweis“ für die geplanten AKW-Laufzeitverlängerungen erbracht werden. Bundesregierung und Atomindustrie weigern sich, aus dem ASSE-Debakel zu lernen, denn Konrad ist genauso ein altes untaugliches Bergwerk wie die ASSE oder Morsleben.

Wir werden nicht zulassen, dass Ahaus zu einem oberirdischen Atommüll-Klo wird. Wir wissen, jeder Atomtransport nach Ahaus soll u. a. für EON/RWE/EnBW/Vattenfall den Weiterbetrieb ihrer AKWs sichern, indem eine „sichere“ Atommüllentsorgung vorgegaukelt wird. Gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahlen in NRW werden wir heftigen Widerstand organisieren!

Das Bonner Bündnis für den Atomausstieg wird mehrere Busse von Bonn zur Demo in Ahaus am 20.12. organisieren. Diese werden um 9.30 Uhr am Busbahnhof am Bahnhof abfahren. Hin- und Rückticket gibt es für 25 Euro (20 € für Frühbucher bis 10.12.). Sie sind – solange der Vorrat reicht - durch Überweisung auf das Sonderkonto der Antiatomgruppe Bonn zu erwerben:

Anti-Atom-Gruppe Bonn, Axel Bergfeld
Konto 19 02 48 83 68
Sparkasse Köln Bonn
BLZ 370 501 98

Bitte vermerkt unbedingt (!) Euren Namen, Postadresse und die Ticketzahl auf Eurem Überweisungsträger. Nur dann können wir Euch sicher die Fahrkarten zuschicken.

Aktuelle Infos gibt es unter <http://www.antiatombonn.de>, eine Kontaktaufnahme mit der Anti-Atom-Gruppe Bonn geht über demaahaus@antiatombonn.de und mit der Greenpeace Gruppe Bonn über gp-bonn@gaia.de.

Beim Bundesamt für Strahlenschutz hat die GNS zudem die Einlagerung von 152 Castoren aus dem Kernforschungszentrum Jülich sowie von 150 Castor-ähnlichen Großbehältern mit hochverstrahlten Brennelement-Strukturteilen aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague beantragt. Diese Genehmigung wird jeden Tag erwartet.

Der Versuchreaktor Jülich wurde bereits 1988 aufgrund zahlreicher Störfälle abgeschaltet und befindet sich im Rückbau. Ob die Transporte per Zug oder per Lastwagen-Konvoi abgewickelt werden, ist noch unbekannt. »Es wird allein aus Frankreich mindestens ein halbes Dutzend Transporte geben«, befürchtet Matthias Eickhoff, Sprecher des Bündnisses Münsterland gegen Atomanlagen. Um die Fahrt durch das dicht besiedelte Ruhrgebiet zu vermeiden, wird der Zug wahrscheinlich – wie bei den Gorleben-Transporten üblich – quer durch Hessen und dann Richtung Westen ins Münsterland fahren.

Bauen & Wohnen im Einklang mit der Natur

An der Margarethenkirche 31
53 117 Bonn - Graurheindorf
Tel. 0228 - 693999, www.biobaubonn.de



www.siebengebirgsregion.de

Über die Ökonomisierung des Naturerbes

Siebengebirgsraum

Lebensqualität Bachauen

Hohe Lebensqualität im Siebengebirgsraum: dafür setzen wir uns ein. Manche Menschen, hört man, genießen das Zusammentreffen vieler Menschen auf engem Raum, in der Großstadt, am Meeres-Strand, bei Events. Es soll auch Deutsche geben, die bei der Meldung eines Verkehrsstaus im Radio denken: „Da muss ich hin!“ Wir aber wollen unser Zuhause und unser Wohnumfeld verteidigen und schützen. Wir wollen nicht, dass es zersiedelt wird, dass Autostraßen Lärm, Staub und Abgase in unsere Siedlungen tragen und uns die Freude am Erleben der Landschaft vergrätzen. Wir freuen uns an Wasserläufen und Bächen, die ihrem natürlichen Verlauf folgen dürfen und naturnahe Uferzonen haben, an blühenden Wiesen und Feldern, die nicht durch Pestizide und Insektenvergiftungsmittel ihrer Vielfalt beraubt sind.

Heute zeigen wir unseren Lesern eine Bachaue, einen Abschnitt des Pleisbachs zwischen Birlinghoven und Uthweiler, der als Biotop behördlich kartiert und als naturnahe Gewässerlandschaft eingestuft worden ist. Hier soll nicht gebaut werden, denn die Uferzone ist „Außen-



Die Fläche hinter der ersten Baumreihe ist als Biotop kartiert: Entwicklungsstandort für Amphibien.

bereich“. Sie steht ihrer ökologischen Bedeutung wegen unter Landschaftsschutz. Hier sollen Lebensräume für die (streng geschützte) Gelbbauchunke, die in der Nähe vorkommt, und für andere Amphibien angelegt werden. Diese Amphibienart befindet sich in einem „ungünstigen Erhaltungszustand“, ist also stark gefährdet. Die Behörden sind verpflichtet, ihre Lebensräume zu erweitern. Dazu bietet sich die Pleisbachaue an.

Wir zeigen Ihnen, wie die Behörden mit dieser rechtlichen Verpflichtung umgehen und der Bachabschnitt seinen naturnahen Charakter verliert. Die Uferzone wird auf das Niveau der angrenzenden Landstraße L 143 aufgeschüttet. Wohnhaus, Garagen, versiegelte Hofflächen nebst Sicherheitszaun treten an die Stelle des Bachufers. Es entstehen weitere fünf Wohnhäuser. Eins davon ist im Bau. Von dem Land-

schaftsschutzgebiet zwischen Landstraße und Pleisbach bleibt nichts übrig.



Die naturnahe Uferzone ist Vergangenheit



Platz für weitere fünf Wohnhäuser. Das Gewässer verliert seinen Charakter.

Wie kann so etwas geschehen, die totale Ökonomisierung einer Biotop-Verbindfläche von „herausragender Bedeutung“, ohne Beteiligung der Öffentlichkeit? Während die Gewässer-, Natur- und Landschaftsschutz-Vorschriften für diesen Bereich bestätigt und verlängert werden - 2006 und 2008, hier ist die Öffentlichkeit beteiligt-, befürwortet der Bürgermeister von Hennef eine Bauvoranfrage. Der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, im Nebenamt Oberster Naturschützer des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, erhebt keine Einwände. Ihm fällt nicht auf, dass er zur gleichen Zeit im Landschaftsplan für Hennef den Landschaftsschutz für das Gebiet bestätigt. Auch nicht, dass die Pleisbachaue im Regionalplan für den Rhein-Sieg-Kreis als „Bereich für den Schutz der Natur“ festgeschrieben ist. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen schafft die Kontrollinstanzen ab, die derartige rechtswidrige Baugenehmigungen stoppen können (Bezirksregierung, Naturschutzvereine). So schafft man Raum für Kungeleien. Zwar ist die Rechtswidrigkeit der Baugenehmigung evident, denn sie beeinträchtigt landschaftspflegerische Belange (§ 35 Absatz 2 Baugesetzbuch). So aber steigt der Grundstückswert auf das 50- bis 100-fache. Da kann man schon ins Grübeln kommen.

Fotos: Anne Küpper-Oszwald

Mobilität in Deutschland - Focus Bonn/Rhein-Sieg

Franz-Friedrich Rohmer

Die soeben mit großem Pomp präsentierte Studie 'Mobilität in Deutschland' ist erfreulicherweise nicht von einer Interessengruppe gesteuert worden. So erfahren wir ohne ideologische Indoktrination, wie sich die Mobilität der Menschen in der Region Bonn/Rhein-Sieg auf unterschiedliche Fortbewegungsarten aufteilt und welche Gründe jeder einzelne Gang und jede einzelne Fahrt haben. Das ist gut so. Der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis ist zu danken, die Erweiterung der Studie für unsere Region finanziert zu haben. Die Akteure haben nun die Chance, ebenso unvoreingenommen verantwortbare Maßnahmen zu treffen.

Die Tinte auf dem Papier ist noch nicht trocken, da begeben sich bekannte Akteure, u.a. der General-Anzeiger, erneut in ihre Schützengräben, fordern die Südtangente durch Bonn und machen Andersdenkenden ideologische Vorhaltungen. Der Vorwurf fällt indes auf die Urhe-

ber zurück. Wer sein Zuhause und sein Wohnumfeld bewahren will vor Verkehrslärm, Staub und Abgasen, wer etwas für unser Klima und die Natur im Siebengebirge tun will, der will seine Lebensqualität sichern. Das sollte man nicht verunglimpfen. Auch Steinzeit-Funktionäre und Steinzeit-Politiker dürfen sich an das moderne Leben gewöhnen.

Der deutschlandweite Kern der Studie, die im August vorgestellt worden ist, ermittelte noch einen Anstieg der mit dem Rad (+17%) und der Bahn (+14%) zurück gelegten Wege, sowie einen Rückgang (5%) der PKW-Wege. Da wird man fragen dürfen, warum dies in unserer Region nicht abgebildet, warum das Wachstumspotential der umweltfreundlichen Verkehrsarten nicht genutzt wird. Wer mit dem Kopf durch die Wand will, produziert vor allem eines: Stillstand auf den Straßen. Die interessengebundene Verkehrsprognose der IHK hilft jedenfalls nicht weiter. Sie ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt worden ist.“